

29.06.2018

Grußwort LVkE – eev – Fachtag 02.07.2018

Anrede,

aus Erfahrung lernen – Konsequenzen aus der Aufarbeitung der Heimerziehung 1949 bis 1975 – ist das Thema dieser wichtigen Veranstaltung, die sehr zu begrüßen ist.

Ich beurteile dies heute in einer doppelten Funktion, als Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration des Bayerischen Landtags und damit verbunden Sprecher der CSU-Landtagsfraktion in diesen Themen sowie als Vorsitzender des Landeskomitees der Katholiken in Bayern.

Wir sind froh, dass eine sensible und qualifizierte Aufarbeitung dieser schrecklichen Ereignisse erfolgt:

Die finanziellen Entschädigungen mit dem sogenannten Heimkinderfonds, der aus Mitteln des Bundes, der Länder und der Kirchen gespeist wird, und die Folgearbeit in von Bayern aus betrachtet der so wertvollen Arbeit der Anlauf- und Beratungsstelle sowie damit verbunden auch der politischen Befassung.

Wir haben uns im sozialpolitischen Ausschuss wiederholt mit diesem Thema und dem Vollzug des Fonds befasst. Zudem bin ich funktionsbedingt noch Mitglied des Beirats der Anlaufstelle.

So haben wir in der letzten Legislaturperiode in den Jahren 2012 und 2013 eine erste große Veranstaltung mit vielen Betroffenen, aber auch Vertretern der Jugendhilfeträger durchgeführt, bei der auch viele Abgeordnete in Gesprächen und Workshops erfolgreich involviert waren.

In einer Anhörung haben wir uns dann 2015 mit der aktuellen Situation der Umsetzung des Fonds und der Arbeit der Anlaufstelle beschäftigt.

Daraus resultierend und auch in Abstimmung mit dem Leiter der Anlaufstelle, Herrn Rösler, haben wir dann einen Dialog mit den Heimkindern und ihrer Sorge, im Alter von der stationären Altenhilfe betroffen zu sein, geführt. Wir haben uns in einem Schreiben, ähnlich wie dies in Baden-Württemberg geschehen ist, insbesondere an die frei gemeinnützigen Träger der stationären Altenhilfe, also der Alten- und Pflegeheime, gewandt, sensibel mit den Betroffenen umzugehen.

Schließlich ist es uns gemeinsam mit dem Sozialministerium und der Landtagspräsidentin in diesem Jahr gelungen, für den Themenbereich der Menschen mit Behinderung im Rahmen der Umsetzung der Stiftung Anerkennung und Hilfe entsprechende Gespräche im Rahmen eines größeren Fachtages durchzuführen.

Hinsichtlich all dieser Aktivitäten gilt es für mich, folgende grundsätzlichen Bemerkungen zu machen:

- Die Kirchen oder kirchliche Verbände und Organisationen haben eine besondere Verpflichtung, aus der Glaubenssituation heraus die Aufarbeitung nicht zögerlich, sondern offensiv anzugehen. Der Missbrauchsskandal der katholischen Kirche kann nur hinsichtlich des Ergebnisses als Maßstab gelten.
- Es ist notwendig, das Gespräch mit den Betroffenen zu suchen. Den Dialog mit ehemaligen Heimkindern empfinde ich nicht nur persönlich als wunderbare Erfahrung, sondern als dringend erforderliche Befassung mit deren Situation.
- Wir haben im Bayerischen Landtag beschlossen, dass die Anlaufstelle auch weitergeführt werden soll, wenn der Fonds weitestgehend abgewickelt ist. Dies werden wir entsprechend begleiten.
- Für die Arbeit in den Jugendhilfeeinrichtungen ist eine Aufarbeitung in inhaltlicher Hinsicht ein wichtiger Prozess, der ja nicht nur durch diese Veranstaltung bereits in Gang gesetzt worden ist. Es geht dabei aus meiner Sicht um Strukturen, aber vor allen Dingen um ein Menschenbild, das nicht einen funktionierenden Betrieb in den Mittelpunkt stellt, sondern den einzelnen Menschen ganzheitlich aus christlicher Sicht behandelt und beurteilt.
- Bei den weiteren Beratungen ist die demographische Entwicklung zu berücksichtigen – das heißt, dass noch stärker auf die Bedürfnisse der ehemaligen Heimkinder im Alter eingegangen werden muss.
- Politik muss die Heimträger bei dem Anliegen der Aufarbeitung und der inhaltlichen Gestaltung der Konsequenzen unterstützen.
- Jugendhilfe ist für die Entwicklung des einzelnen Menschen, aber auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Solidarität von herausragender Bedeutung. Deswegen müssen sich alle Ebenen und Gebietskörperschaften, nicht nur die Kommunen sondern auch das Land und der Bund, immer wieder im Klaren sein, wie wichtig es ist, der Jugendhilfe einen entsprechenden Stellenwert zu geben und diese auch mit entsprechenden Mitteln auszustatten.
- Die Öffentlichkeit muss die Betroffenen immer wieder auch über ihre Interessenvertretungen einbinden, z. B. in der Anlauf- und Beratungsstelle und im diesbezüglichen Beirat sowie in der Wissenschaft.

Dazu herausragender Dank an den bisherigen Leiter der Anlaufstelle, Herrn Rösler, und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch an die Wissenschaft (z. B. Prof. Dr. Keupp).

Gutes Gelingen des Fachtags.

MdL Joachim Unterländer

(Vorsitzender des Landtagsausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration der CSU-Fraktion)